

Pariserkonferenz und Wiedergutmachung

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst**

Band (Jahr): **11 (1921)**

Heft 4

PDF erstellt am: **15.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-633988>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Pariserkonferenz und Wiedergutmachung.

Briands Antrittsrede als Ministerpräsident läßt sich kurz zusammenfassen: Unbedingtes Beharren auf der deutschen Entwaffnung, unbedingtes Festhalten an der deutschen Wiedergutmachung, Fortführung der Ententepolitik. Zwischen den Zeilen las der aufmerksame Beobachter mehr Konzessionen, als man selbst von dem friedgesinnten Briand erwartet hätte. Wenn die Wiedergutmachung an die Möglichkeit Deutschlands, wieder gut zu machen, geknüpft wurde, wenn die deutsche Entwaffnung von dem neuen, sonst reaktionären Minister Barthou als Vorbedingung der französischen Abrüstung und damit Budgetentlastung dargestellt wird, so erstaunt man beinahe über so viel Vernunft.

Briands Programm stellt den französischen Standpunkt auf der Pariser Konferenz dar. Italien wird vermitteln. England drückt auf jeden Fall auf die gleiche Seite der Balance, und Deutschland hat Gelegenheit, seine Vorschläge in annehmbarer Form zu stellen. Steht im Hintergrunde noch die Union, die schon unter dem Druck der künftigen Regierung Hardings und mehr noch unter dem Geßel der Weltkrise handelt und kategorisch nach einer vernünftigen Regelung der Frage verlangt. Werden die Feinde diesmal wirklich verhandeln?

Deutschland hat eine erste Reihe von Vorschlägen ausgearbeitet und in Paris vorgelegt, und dies in dem Augenblick, da Briand dem deutschen Gesandten Dr. Mayer einen Antrittsbesuch abstattete, um die Verhandlungen betr. die Wiedergutmachungen offiziell einzuleiten. Deutschland bot eine jährliche Ratenzahlung von anderthalb Goldmilliarden an, verlangte aber als Gegenleistung eine endgültige Fixierung der Gesamtschuld, wollte einen Teil der Handelstonnage zurückhaben, knüpfte die Zahlungen an den Verbleib Oberschlesiens beim Reich und wünschte schließlich für die Auslandsdeutschen weitgehende Restituierung ihrer verlorenen Vermögen. Das bedeutete eine mehrfache Verlöcherung des Friedensvertrages, und in Paris wurde sehr energisch gegen eine solch ungläubliche Reduzierung der Lasten protestiert. In Wahrheit käme eine derartige Entlastung auf eine halbe Rechtfertigung des deutschen militärischen Angriffes heraus; denn Nordfrankreich ist auf ungläubliche Weise verwüstet worden; sein Wiederaufbau aber gehört zu den Vorbedingungen einer gesicherten wirtschaftlichen Zukunft und muß in erster Linie von denen ausgeführt werden, die es zerstört haben, immer vorausgesetzt, daß sie nicht unter der Last dieser Aufgabe zu einer noch größern wirtschaftlichen und politischen Gefahr werden als ein verwüstetes Nordfrankreich. Und das heutige Deutschland vermag tatsächlich mehr zu tragen als jährlich anderthalb Goldmilliarden. Sein Heeresbudget berechnet zwar nominell mehr Mark für die 100,000 Mann Reichswehr als für seine alte Armee, doch sind es entwertete Mark. Den Wertunterschied aber kann es Frankreich abtreten; durch vermehrte Produktion wird das Land den Gegenwert anderwärts einziehen.

Eine weitere Forderung der Deutschen geht nach der Reduktion der Entente-Besatzungsarmee; damit sind die Franzosen einverstanden, stellen jedoch die Auflösung aller Geheimarmeen in Deutschland als Vorbedingung. Unzweifelhaft sind solche Bedingungen berechtigt. Nur verstehen die Deutschen nicht, die französische Forderung selbst als Waffe gegen die Entente zu verwenden. Sie würden in England und Amerika, wo der Abrüstungsgedanke gewaltig um sich greift, die besten Helfer finden. Ihnen könnten sie durch freimütige Selbstentwaffnung die moralischen Waffen in die Hand drücken, womit die Franzosen gezwungen würden, die 15 Milliarden teure rheinländische Besatzung auf ein Viertel oder noch tiefer herabzusetzen.

Der Kernpunkt der Pariserverhandlungen werden aber nicht die Zahl der schuldigen und jährlich zahlbaren Goldmilliarden sein, nicht die deutschen Bedingungen für diese Zahlung, nicht die Weigerung der Franzosen, die Endsumme

festzusetzen, oder ihre Verdopplung des deutschen jährlichen Angebotes, auch nicht die Rheinarmee, sondern die Frage: „Soll Deutschland in Form von Gold oder Waren bezahlen?“

Deutschland hat schon in Versailles vorgeschlagen, der deutsche und französische Staat sollten durch gemeinsam oder getrennt erteilte Staatsaufträge das Kriegsgebiet wieder aufbauen, wobei die Kosten der Aufträge nach Vereinbarung auf die Schultern der beiden verteilt würden, natürlich zu meist auf die Schultern des Schuldigen. Damals wies Frankreich den Plan im Haß- und Siegesrausch zurück. Heute ist man in Paris bereit, die deutsche Entschädigung teilweise in Form von Warenlieferungen entgegen zu nehmen.

Nun wies man seit Monaten auf den Widerspruch hin, der zwischen diesem Plan und den Gesetzen der Weltwirtschaft herrscht: Gerade in dem Moment, wo die zwei intakten Produktionsländer, England und Amerika, unter gewaltigen Abschnöten leiden, wo dagegen der Besiegte, Deutschland, sich auf allen überseeischen Märkten und in allen kaufkräftigen europäischen Ländern eine steigende Abnehmerschaft sichert und die Sieger unterbietet, gerade in diesem Moment will die Entente Deutschland ermächtigen, seiner Industrie Riesenaufträge zu erteilen und will ihm in einem großen diplomatischen Dokument Garantie für die Abnehmerschaft geben. Der Gedankengang ist einfach: Blüht die deutsche Industrie, wird die deutsche Arbeiterschaft kaufkräftig, dann finden die amerikanischen Farmer einen aufnahmefähigen Markt für ihre Produkte, dann setzen die Rohstoffherren auch Massen von Rohstoffen ab.

Daß die konkurrierende französische Industrie selbstverständlich von den deutschen Staatsaufträgen profitieren will, daß die englische Industrie nicht entzückt sein wird, wenn sie von dem großen Geschäft ausgeschlossen werden soll, daran hat man nicht gedacht, weil die Interessen der Rohstoffherren, der Farmer und die Forderungen des französischen Staates in erster Linie stehen und in derselben Richtung gehen. Wir hätten also die Hoffnung, endlich einen großzügigen Wiederaufbauplan vor Augen zu kriegen und zu erleben, daß dort, wo die private Nachfragekraft fehlt, die staatliche Instanz ausdrücklich als Auftraggeber und Garant in die Schranken tritt und Neubesiedlung und Neuorganisation eines Wirtschaftsgebietes nach großem Plan vorgenommen werden. Das neue Nordfrankreich kann in zehn Jahren zur weltberühmten Sehenswürdigkeit werden, stamenswerter als das heute verwüstete Weltkriesschlachtfeld es ist, ein erstes Völkerbundsdenkmal der Tat, eine Garantie dafür, daß es bei den papiernen Abmachungen von Paris und den ergebnislosen Paraden von Genf und Brüssel nicht bleibt. Ja und sollte, so wird der Träumer fragen, nicht das Lehrbeispiel von Nordfrankreich und Belgien den Wegweiser geben für die Errettung der verelendeten Länder des Ostens? Polen und Litauen sehen ebenso grauenhaft aus wie Nordfrankreich — und Serbien — wer denkt an Serbien? Sowietrußland ist groß und nicht so arm wie das kleine Balkanland...

Aber der große Plan hat seine Rehrseite und in dieser Rehrseite verbirgt sich das ewige Problem der zwischen Ueberfluß und Not schwankenden Weltwirtschaft, woraus aller Kampf um die Weltmärkte, alle Kriege entstehen: Welche Folgen hat der so begonnene Wiederaufbau für den deutschen Geldapparat — und damit — für die deutsche Produktion der Zukunft? Jede Milliarde, für die der deutsche Staat bei der eigenen Industrie Waren bestellt, kann nicht in Realwerte umgesetzt werden, für die dem Volke sein Brot, der Industrie die Rohstoffe eingetauscht werden könnten; produziert die Industrie außer den Wiedergutmachungsaufträgen nicht noch für einen weitem Export, der die Importpassiven ausgleicht, so fallen via Staat ungeheure Schuldenlasten auf das Volk zurück; der Marktkurs fällt dann endgültig in den Abgrund und mit der gestürzten Markte kehrt die Krisis zurück. Wie will Paris hierin helfen? -kn-